Diese Diesel-Einigung ist oberfaul

Die Bundesregierung lässt über 15 Millionen Diesel-Fahrer im Stich. Auch jene knapp 10 Prozent unter ihnen, denen beim Neukauf eines Autos mit noch besserer Abgastechnik eine Wechselprämie oder eine Nachrüstung auf Herstellerkosten winkt. Denn beim Neukauf müssen sie trotz Prämie tief in die Tasche greifen und beim Altwagen einen zu hohen Wertverlust erleiden. Und wer sein Diesel-Auto nachrüsten lässt, erleidet bei seinem nachgerüsteten Fahrzeug ebenfalls einen zu hohen Wertverlust, weil bei der politischen Hatz auf den Diesel solche Fahrzeuge kaum noch verkäuflich sind. Die Bundesregierung und andere Politiker der Altparteien fügen allen Diesel-Eigentümern in Deutschland schwere Vermögensverluste zu und beschädigen eine glänzende deutsche Technik und damit einen Teil der deutschen Autoindustrie, die eine tragende Säule der deutschen Volkswirtschaft ist und zwar in der Beschäftigung, im Umsatz und in der Steuerkraft.

Diese Politiker wollen nicht erkennen oder nicht zugeben, dass sie mit den überzogenen Abgasvorgaben großen Mist gebaut haben, und schon gar nicht, dass die Diesel-Hatz und Diesel-Abgas-Skandalisierung verständlich erst wird – Achtung: Verschwörungstheorie – als ein geschickt inszenierter Anschlag auf die deutsche Autoindustrie, geführt teils von besessenen Umweltschutzfanatikern, teils von Konkurrenten der deutschen Autoindustrie, teils von Politikstrategen mit dem Ziel „to keep the Germans down“.

Nochmals: Vernünftig wäre, nirgends Fahrverbote für Diesel zu verhängen, keine Nachrüstung zu erzwingen und die Euro-6-Norm nur für Neuwagen gelten zulassen. Fahrverbote sind sachlich durch nichts gerechtfertigt. Wenn die Diesel-Autos mit der Euro- 4- und 5-Abgasnorm ohne Nachrüstung weiterhin fahren, bis sie ihr natürliches Ende finden, wird durch diese Abgase kein Mensch zu Schaden kommen oder gar zu vorzeitigem Tod gebracht. Am Arbeitsplatz sind 24mal mehr Stickoxide erlaubt als draußen.

Was in Berlin jetzt herausgekommen ist, ist oberfaul. Volker Bouffiers Getön, mit dem Maßnahmenbündel habe die große Koalition Handlungsfähigkeit bewiesen, beweist in Wirklichkeit Realitätsverlust. Der hessische CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Boddenberg appellierte gar an die „Verantwortung der Autokonzerne, die hier die Chance haben, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen“. Wenn jemand verlorenes Vertrauen zurückgewinnen muss, dann sind das vor allem die Politiker. Die Regierenden wollen offensichtlich partout abgewählt werden. Wäre dem wirklich so, wäre das immerhin eine befreiende Wohltat, um weiteren Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, ihre ganze Kraft für dessen Wohl einzusetzen und damit die Artikel 56 und 64 des Grundgesetzes endlich ernst zu nehmen.

Der Beitrag erschien zuerst auf dem Blog des Autors hier